



DIE GRÜNEN
WIEN

Grüne Stadtentwicklung
Das Programm

wien.gruene.at



Sabine Gretner

Grüne Stadtentwicklungspolitik hat zum Ziel, die städtebaulichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Stadt mit Lebensqualität zu schaffen, die Raum für Interaktion und Kreativität für Menschen unterschiedlicher Lebensstile und Herkunft, Jung und Alt bietet. Die Stadtentwicklungspolitik gehört zu jenen wesentlichen kommunalen Entscheidungsebenen, die neben kurzfristigen Änderungen im täglichen Stadtleben in erster Linie langfristige Auswirkungen auf das Funktionieren einer Stadt haben.

Gerade in der Stadtentwicklungspolitik kommt daher dem Prinzip der Nachhaltigkeit besondere Bedeutung zu. Neben der ökologischen Nachhaltigkeit stehen dabei die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Mitgestaltung unseres Lebensraumes im Zentrum.



Christoph Chorherr

Grüne Stadtentwicklungspolitik verfolgt ein nachhaltiges Mobilitätskonzept, das eine Stadt der kurzen Wege zum Ziel hat, Nahversorgung ermöglicht und unterstützt, den effizienten Umgang mit Energieverbrauch und Ressourcen, wie etwa Grund und Boden, umsetzt, und Grünraum nicht nur schützt, sondern schafft und qualitativ verbessert.

Der Erreichung der Kyoto Ziele muss auch die Stadtentwicklungspolitik Rechnung tragen - ohne einem Paradigmenwechsel in der Mobilitätspolitik wird dies schwer möglich sein.

Inhaltsangabe:

- 1. Bestandsaufnahme***
- 2. Die urbane Stadt schafft Lebensqualität für alle Generationen***
- 3. Nahversorgung überall statt Einkaufszentren am Stadtrand***
- 4. Unsere Stadt mitgestalten - Gemeinsam mit den Menschen entscheiden***
- 5. Aktive Stadtplanung mit Mut***
- 6. Architekturpolitik und Baukultur***
- 7. Überregionale Raumordnung - Zusammenarbeit fördern***



Srnčanská

1. Bestandsaufnahme

Derzeit werden in Wien aus Grüner Sicht im Zusammenhang mit Stadtentwicklung die Weichen in die falsche Richtung gestellt:

- **Die fortschreitende Zersiedelung als ökologisches, ökonomisches und soziales Problem**

Wien leidet unter fortschreitender Zersiedelung. Während die Bevölkerungszahl am Stadtrand und in den Umlandgebieten stark ansteigt, stagniert bzw. verringert sich die Wohnbevölkerung in der Kernstadt. Dahinter steckt häufig der Wunsch nach einem Eigenheim im Grünen, dem in der Stadt zu wenig entsprochen wird. Einfamilienhäuser und Wohnsiedlungen werden an Standorten errichtet, die über wenig technische und soziale Infrastruktur und mangelnde Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz verfügen und daher deutlich höhere Kosten verursachen als Wohnungsbau in bereits infrastrukturell erschlossenen Bereichen und die von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Die Folge dieser Entwicklung ist verheerend: die Autoabhängigkeit der Menschen wird größer; der öffentliche Raum als sozialer Lebensraum verliert an Bedeutung.

In der Grünen Stadt ist die Entwicklung von Flächen am Stadtrand nur unter bestimmten, nachhaltigen Rahmenbedingungen möglich, etwa der parallelen Schaffung sozialer Infrastruktur und einer attraktiven Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz.

- **Einkaufszentren in der Zwischenstadt statt Lebensqualität durch Nahversorgung**

Parallel zum Einfamilienhaus wachsen zudem riesige Einkaufszentren aus dem Boden, die weitgehend nur mit dem Auto erreichbar sind und massiv Kaufkraft aus bestehenden kleineren städtischen Strukturen abziehen, die zunehmend veröden. Einkaufszentren verbrauchen vergleichsweise extrem viel Boden und bilden oft mit benachbarten Lagerplätzen, Firmengeländen und brachliegenden Flächen zwischen Kernstadt und Hauptverkehrsstrassen die sogenannte „Zwischenstadt“, gekennzeichnet durch chaotische Nutzungsvielfalt und geringschätzigen Umgang mit Grund und Boden.

Die Grüne Stadt zeichnet sich durch ein aktives Bekenntnis und Maßnahmen zur Förderung von Nahversorgungsstrukturen aus. Dadurch wird das Stadtbild und der öffentliche Raum wieder belebt und besteht nicht nur aus geschlossenen Rollbalken und Garagenausfahrten.

- **Die autozentrierte Stadtplanung versus Lebensqualität für Alle**

Eine unmittelbare Folge der Zersiedelung sind höhere Mobilitätsanforderungen. Das Ziel, die Auto gerechte Stadt zu entwickeln, ist jedoch zum Scheitern verurteilt. Weder können weitere teure Straßenprojekte, noch massenhaft neue subventionierte Garagenplätze den Bedarf abdecken, der durch falsche Weichenstellungen in der Stadtplanung stimuliert wird. Mobilität ist ein wichtiges Bedürfnis aller StadtbewohnerInnen; der Autoverkehr darf dabei jedoch nicht im Zentrum stehen, sondern nur eines der wählbaren Verkehrsmittel sein.

In der Grünen Stadt sollen Lebensumwelten so strukturiert werden, dass möglichst kurze Wegstrecken zurückzulegen sind, um die alltäglichen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Grüne Stadt ermöglicht eine umweltfreundliche Verkehrsmittelwahl und fordert die Kostenwahrheit zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs.

- **Soziale Ausgrenzung findet Stadt**

Die Armutsraten und -risiken steigen, folglich konzentrieren sich Haushalte mit niedrigem Einkommen immer stärker in den immer schmaler werdenden Segmenten bezahlbaren Wohnraums, zumeist im privatem Wohnungsbestand der Gründerzeit. Instrumente und Institutionen wie beispielsweise Gebietsbetreuungen und BürgerInnenbeteiligungsmodelle (LA 21, Grätzelmanagement), die sich für die Beteiligung der Bevölkerung und Aufwertung des Wohnumfelds einsetzen, bekommen keine ausreichende politische Unterstützung und Finanzierung.

Die Grüne Stadt erkennt und fördert das Potential von lebendigen, dichten, kulturell und sozial vielfältigen Stadtgebieten.

- **Stadtplanung ohne Konsequenz und Mut**

Aus Grüner Sicht liegen die Ursachen für diese negativen Trends in einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik, der es an aktiver Planung, Mut und einer konsequenten grenzüberschreitenden Strategie mangelt. Stadtplanung erfolgt vermehrt auf Zuruf von Investoren und kommerziellen Immobilienentwicklern. Gleichzeitig geraten öffentliche Interessen zunehmend unter dem Argument des Standortwettbewerbs ins Hintertreffen. Der Stadt fehlt eine nachvollziehbare Koordination der Stadtplanungspolitik und vor allem die Verbindlichkeit bei der Erreichung übergeordneter Ziele.

In der Grünen Stadt regiert der Mut und die Fähigkeit, zu nicht nachhaltigen Projekten - vor allem bei der Flächenwidmung - Nein zu sagen.

- **Stadtplanung ohne gesellschaftlicher Teilhabe**

Entscheidungsprozesse laufen nicht transparent ab und öffentliche Diskussionen finden in der Regel erst dann statt, wenn wichtige Entscheidungen bereits getroffen sind. Die politische Bringschuld, Informationen über Stadtplanungsprojekte zeitgerecht und verständlich zur Verfügung zu stellen, wird von der Stadt Wien nicht wahr genommen. Zudem hat die aktive Einbeziehung der BürgerInnen in die Stadtplanung keine Priorität.

In der Grünen Stadt werden die Planungsinstrumente verständlich gemacht, so daß die BewohnerInnen Verantwortung für ihren Lebensraum tragen und aktiv an der Entwicklung teilnehmen können.





2. Die urbane Stadt schafft Lebensqualität für alle Generationen

Um der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten, muss die Stadt Alternativen zur so genannten Stadtfucht bieten. Die Wohnbedürfnisse und Wohnzufriedenheit sind in Wien gut erhoben; die Nachfrage nach leistbarem Wohnen in Grünraumnähe, Freiraum, gute Verkehrsanbindung, Eigenheimwunsch usw. ist bekannt. Hier muss die Kernstadt entsprechende Flächen und Projekte anbieten, die diesen Wünschen entsprechen und eine funktionierende soziale Infrastruktur sowie eine gute soziale und funktionelle Durchmischung bieten.

Neben zahlreichen Verbesserungsmöglichkeiten an bestehenden Gebäuden, Stadtteilen und Grünflächen durch z.B. Aufwertung und Sanierung gibt es noch genügend innerstädtische Standorte für die Schaffung qualitativen Wohn- und Lebensraums (z.B. Nordbahnhofgelände, Nordwestbahnhofgelände, Aspang Gründe, Zentralbahnhof).

Ein Beispiel dafür ist das Grüne Projekt „24. Bezirk“: Die Stadt soll sich am rechten Donauufer, entlang des Handelskais zur Donau öffnen, indem die jetzigen Hindernisse Straße und Bahn überbaut werden und dadurch eine durchgehende Verbindung zum Donauufer und ein neuer multifunktionaler Stadtteil entstehen.

Besonderer Bedeutung kommt in der Stadt die Gestaltung des öffentlichen Raums zu. Der städtische Freiraum macht die Qualität und das Gerüst einer funktionierenden Stadt als öffentlich nutzbarer Lebens-, Begegnungs- und Kommunikationsraum aus. Der Grünraum in der Stadt muss gesichert und vergrößert sowie entsprechend gestaltet werden. Notwendig sind z.B.

- die Öffnung, Mehrfach- und Zwischennutzung von stadteigenen Flächen und Räumen, d.h. zeitlich begrenzt zur Verfügung stellen für kulturelle, soziale oder sportliche Aktivitäten, bspw. der Sport- und Freiflächen von Schulen, Freibäder im Winter, ungenutzte Betriebsgebäude, Passagen, Nordbahnhof, Marxer Rinderhalle, Flugfeld Asperrn,
- Einrichtung einer „Flächennutzungs-Drehscheibe“
- Zeitliche Limitierung von PKW-Stellplatznutzung in Baulücken
- Verbindliche Sicherung der Landschaftsschutzgebiete durch Festsetzung der Siedlungsgrenze per Verordnung - d.h. keine widersprechenden Flächewidmungen mehr
- Kompakte Flächenwidmung: Keine Widmungen für Einfamilienhaussiedlungen ohne ausreichende soziale und technische Infrastruktur,

- Erreichbarkeit der Erholungsgebiete mit öffentlichem Verkehr und Rad sicherstellen sowie Infrastruktur - wie z.B. Duschen, Schließfächer - zur besseren Benutzbarkeit zur Verfügung stellen,
- Gestaltung und Ausbau von gemeinsam nutzbaren Dachgärten und Öffnung der Innenhöfe in Althausbestand und Neubau
- Analyse des innerstädtischen Grünraums ähnlich dem 1000ha Plan
- Förderung innovativer Wohnkonzepte mit Freiraum, sowie Reform der Bauordnung und Planungsinstrumente „G-Widmung“, Balkonerschwernisse, etc.
- Aufwertung der städtischen Grün- und Erholungsräume unter besonderer Berücksichtigung gender- und generationengerechter Nutzungsmöglichkeit für alle StadtbewohnerInnen (BürgerInnenbeteiligung im Planungs- und Ausführungsprozess),



- Gestaltungsoffensive zur besseren Nutzbarkeit von alten und neuen Grün- und Freiräumen mittels offener Wettbewerbe für LandschaftsplanerInnen,
- Prüfung und Reform der Struktur des Stadtgartenamtes (MA42)
- Evaluierung der „neuen Siedlerbewegung“
- Umsetzung des 1000ha Plans
- Aufwertung des städtischen Freiraums. Prüfung planerischer Instrumente. Es gibt in der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung derzeit keine Festlegung für „Platz“, „Öffentlicher Raum“.

Zusätzlich bedarf es in einer Stadt, die für alle Generationen lebenswert ist, einer Planungsoffensive für besondere Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen (barrierefrei) und für die kindergerechte Gestaltung der Stadt mittels Ausbau von Spielplätzen, sicheren Schulwegen, Freiräumen etc.





HUMANIC

KILGARDEN

Kilgard

Kilgard

3. Nahversorgung überall statt Einkaufszentren am Stadtrand

Die städtische Lebensqualität hängt maßgeblich von der fußläufigen Erreichbarkeit der Güter des täglichen Bedarfs, von Dienstleistungen und Freizeitangeboten, also der Ereignisvielfalt im städtischen Raum ab. Die Attraktivität des öffentlichen Raums ist von der Lebendigkeit der Erdgeschosszonen bestimmt, die durch die Veränderungen des Miet- und Baurechts, des Flächenbedarfs des Einzelhandels, sowie der Stellplatzverordnung des Wiener Garagengesetzes jedoch sehr stark unter Druck geraten sind. Die Stadt muss dieses Problem aufgrund seiner Komplexität mit Strategien und zeitgemäßen Instrumenten begegnen. Die Wiener Grünen fordern daher:

- ein Überkommunales verbindliches Einzelhandelskonzept.
- Gezielte gestalterische und inhaltliche Aufwertung und Förderung von lokalen Nahversorgungszentren, bis zum „Nein“ zu unverträglichen Projekten am Stadtrand.
- Förderung und finanzielle Anreize für leistbare Mieten im EG für lebendige Erdgeschosszonen - auch Im Neubau! Erdgeschoss -Zonen werden als fließende Grenze zwischen privat und öffentlich verstanden.
- Aufhebung der Praxis automatisch die 1:1 Stellplatzverpflichtung im innerstädtischen Raum auszuweisen.
- Prüfung planerischer Instrumente und der Wohnbauförderung auf deren Eignung um lebendige Erdgeschosszonen zu erreichen.
- Aktivierung durch Bespielung wie etwa SOHO, Indoor - Kinderspielplätze, Partyraum, Mietbüros.
- Kostenwahrheit bei Flächenverbrauch und PKW Stellplätzen, Einführung einer Flächenverbrauchs- bzw. Verkehrserregerabgabe.
- Raumverträglichkeit und Nachnutzungskonzepte für Entertainment- und Einkaufszentren.
- Gezielte Aufwertungs- und Fördermaßnahmen für Einkaufsstraßen unter Berücksichtigung des Nutzungsmixes (Einkaufen, Wohnen, Arbeiten, Kultur), bezirksübergreifende Einkaufsstraßenkonzepte.
- Sicherung und Attraktivierung der Wiener Märkte durch Erarbeitung verbesserter Nutzungskonzepte (z.B. Biomärkte), temporärer Nutzung, Bespielung und Aktivierung.
- Reform der Marktordnung um Nutzungsmix zu ermöglichen und Leerstand zu erschweren.



4. Unsere Stadt mitgestalten - Gemeinsam mit den Menschen entscheiden

Eine funktionierende Stadt definiert sich u.a. durch das Engagement ihrer BürgerInnen für ihr Lebensumfeld als gleichberechtigte PartnerInnen. Am Stadtleben teilzuhaben heißt auch, allen BewohnerInnen Zugang zu Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die Offenlegung der Rahmenbedingungen und die Benennung der Interessenskonflikte sind die Grundvoraussetzung und Mittel, um an Stadtplanungspolitik teilhaben zu können. Die klare Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungsprozessen und die in Teilhabeprozessen gemachten Erfahrungen sind ein Gewinn für die Stadtdemokratie.

Die Möglichkeit der Mitgestaltung an der Stadt darf nicht an sozialen Barrieren scheitern! Stadtplanung muss verständlich und transparent werden, dafür sind eine Reihe von stadtentwicklungspolitischen Leitlinien notwendig:

- Offensive transparente Informations- und Diskussionskultur bevor relevante Entscheidungen getroffen werden. Die Stadt muss bei Ihren Stadtentwicklungs-, Flächenwidmungs-, und Wettbewerbsverfahren als Vorbild für Private wirken.
- Reform der Instrumente, mit dem Ziel der besseren Lesbarkeit, gute und seriöse Visualisierungen, Kommunikation über unterschiedliche Kanäle als Bringschuld der Stadtverwaltung.
- Erarbeitung von Bezirksentwicklungsplänen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung als kleinräumige Entwicklungspläne, die für die Flächenwidmungsplanung als verbindlich anzusehen sind.
- Der Bewusstseinsbildung für Stadtentwicklung, Architektur, Freiraum, Wohnen, ist mit entsprechenden Bildungsangeboten mehr Raum zu geben.
- Planungsoffensive für besondere Bedürfnisse (barrierefrei, angstfrei,...) der alternden Gesellschaft, sowie für die kinder- und jugendgerechte Stadt im Zusammenarbeit mit den Betroffenen.
- Etablierung von Mediationsmodellen und Sicherung deren Finanzierung.
- Finanzielle Absicherung und Ausweitung der Lokalen Agenda21 und Grätzelmanagement.
- Stärkung der lokalen Kompetenzen der Gebietsbetreuung als lokale „StadtentwicklungsmanagerInnen“.



5. Aktive Stadtplanung mit Mut

Die Kernfrage in stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen ist die Zukunftsfähigkeit der Stadtstrukturen. Eine Stadt ist nie „fertig“, sie ist ständig in Prozess. Deshalb ist die Qualität einer Stadt gekennzeichnet von der Fähigkeit mit Veränderungen, die nur begrenzt prognostizierbar sind, umzugehen.

Das differenzierte und ständig in Veränderung befindliche Stadtgebiet bedarf neuer Planungsinstrumente, die diesem prozessualen Charakter der Stadtplanung Rechnung tragen. Aus Grüner Sicht ist eine Reform der Stadtplanungspolitik sowie deren Instrumente notwendig:

- Reform der Bauordnung, die auf Basis von Grundregeln, örtlich differenzierte Regelwerke und Förderungspakete, sowie Rahmenbedingungen für lokale Aushandlungsprozesse beinhaltet.
- Stadtplanung, die sich als Prozessmanagement versteht, Qualitätssicherung durch „StadtplanungskoordinatorInnen“, die den Entwicklungsprozess begleiten, beginnend mit der Frage des Grundankaufs über Förderinstrumenten bis zur Besiedelung (kooperative Planung).
- Definition von generellen, übergeordneten Zielen und Prioritäten in der Wiener Stadtplanung und verbindliche Verankerung in der Wiener Bauordnung unter Berücksichtigung der Erreichung des Kyoto Zieles.
- Einführung des Planwertgewinns (= Infrastrukturabgabe für Widmungsgewinn).
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für die transparente und nachvollziehbare Abwicklung von städtebaulichen Verträgen.
- Sicherstellung der Effizienz, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Tätigkeit des Fachbeirates, als magistratsexternes Fachgremium durch eine grundlegende Reform.
- Evaluierung der Tätigkeiten des Wohnfonds Wien (ehemals WBSF).



Zur Qualitätssicherung sind weiters notwendig:

- Anwendung von Gender Mainstreaming auf alle Planungen und Projekte der Stadt Wien.
- Sicherung von qualitätssichernden Verfahrensschritten wie etwa zu Demokratie und Öffentlichkeit, Gender Mainstreaming, Finanzierung, Art des Gestaltungsverfahrens.
- Verbindlichkeit der Anwendung des Wettbewerbsleitfadens der Stadt Wien auch für ausgegliederte Unternehmen.
- Aktive Förderung von innovativen NachwuchsplanerInnen und interdisziplinären Planungsteams durch geeignete Wettbewerbsverfahren.
- Sensibler, engagierter Umgang mit wertvollen Gebäuden im Zusammenspiel von Alt und Neu- die Qualität ist immer der Maßstab.
- Entwicklung von Verantwortlichkeiten und Instrumentarien wie mit denkmalgeschützten, gefährdeten Gebäuden umzugehen ist (Bsp. Sophiensäle)



- Grundlegende Reform der Bauordnung mit dem Ziel: Vereinfachung, bundesweite Vereinheitlichung und Reduktion der Baukosten.
- Weg von vorgegebenen "Baulinien" hin zur Formulierung von geforderten Qualitäten und Begrenzung der Nutzflächen.
- Nutzungsflexibilität ermöglichen, d.h.: Widmungen und Fördermöglichkeiten sollen "Häuser" ermöglichen und nicht explizit "Geschäfte", "Wohnungen", etc.
- Reform des §69 (1) der Wiener Bauordnung ("Unwesentliche Abweichungen von Bebauungsvorschriften"): "p" Die Ausnahme von der Verpflichtung zur Errichtung von Kinderspielplätzen soll gestrichen werden."m" unwesentliche Abweichungen bezüglich der Höhe soll ab Bauklasse V zur Ausweitung der Nutzflächen nicht mehr möglich sein. Die Kombination von mehr als zwei der genannten Abweichungen (lit. a.bis t.) soll gesondert in geprüft werden.





6. Architekturpolitik und Baukultur

„Architekturpolitik“, im Sinne von aktiver umfassender Förderung von Baukultur, gab es in Wien noch nie. Wir setzen uns für Baukultur deshalb ein, weil wir davon überzeugt sind, dass die Qualität des gebauten Lebensraumes ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren der Stadt, somit für die Lebensqualität der Menschen in der Stadt ist. Für uns beinhaltet der Begriff „Baukultur“ neben Architektur, vor allem auch Städtebau, Freiraum- und Landschaftsplanung, Ingenieurbau und Kunst im öffentlichen Raum, nicht zuletzt auch eine soziale und ökologische Verantwortung beim Bauen.

- Die Öffentliche Hand hat ihre Vorbildfunktion als Bauherrin wahrzunehmen und mittels Durchführung qualitätssichernder Verfahren für beste Qualität zu sorgen, insbesondere auch bei ausgegliederten Unternehmen und Stadtentwicklungsprojekten.
- Anreize für Private müsse geschaffen werden um die Durchführung von qualitätssichernden Verfahren anzuregen (finanziell, lokale Aushandlungsprozesse).
- Planungsoffensive im Bereich des Angebots von StudentInnenwohnungen (internationaler Anstrich als Chance!) und SeniorInnenwohnungen der Stadt Wien (Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser), sowie im Gesundheitsbereich.
- Sanierungsoffensive der Wiener Gemeindebauten der 50er bis 70er Jahre. Neben der ökologischen Optimierung auch die Verbesserung der Freiraumsituation, sowie die Nutzbarkeit der Erdgeschosszonen für beispielsweise Gemeinschafts- und Kinderspielräume und Alternativnutzungen.
- Unterstützung bestehender Einrichtungen, Förderung bewusstseinsbildende Massnahmen und Experimentierfeldern.
- Förderung eines breiteren Bildungsangebotes für Kinder ab dem Volksschulalter, sowie von Einrichtungen, die Räume erfahrbar (Raumlabor) und unterschiedliche Wohnsituationen erlebbar machen.
- Angewandte Forschung über innovative Stadtentwicklungsprozesse, nachhaltiges Bauen und innovative Raumkonzepte auf stadteigenen Flächen (Wohnfonds). Sonderwidmungen wie etwa mittels Strukturwidmung, oder einer „Bauordnungsfreien Zone“ an einigen ausgewählten Flächen (bezüglich Sicherheit auf Grundlage der Önorm), zumindest für Zwischennutzungen, könnten das Feld für Innovationen eröffnen.
- Reale umsetzungsorientierte interdisziplinäre Modellprojekte mit Universitäten.



7. Überregionale Raumordnung - Zusammenarbeit fördern

Zwischen der Stadt Wien und ihrem Umland findet ein großer Wettbewerb bezüglich Betriebsansiedelungen und EinwohnerInnen statt, der sich negativ auf die Bebauungsstruktur der gesamten Region auswirkt. Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen ist eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit den Bundesländern als auch mit den angrenzenden Nachbarstädten und -regionen (Bratislava, Brünn, Győr) dringend notwendig.

- Start von konkreten grenzüberschreitenden Modellentwicklungsprojekten.
- Zusammenarbeit und verbindliche Konzepte zwischen Wien, NÖ und den niederösterreichischen Umlandgemeinden vor allem in Bezug auf Betriebsansiedlungen, Einzelhandel und Wohnbau.
- Aufwertung der regionalen Zusammenarbeit (CENTROPE) und ganzheitliche Planung durch transparente Zusammenarbeit der Politik und Verwaltung auf höchster Ebene.
- Sicherung des Wiener Hafens als Güterdrehscheibe (Schiff/Schiene/Strasse).
- City Logistik mit dezentraler Güterverteilung und spezielle Förderungen des WWFF für Zusammenlegung und Erfüllung von ökologischen Kriterien bei Gütertransporten.

An der Erstellung am Programm Grüne Stadtentwicklung haben mitgearbeitet:

Christoph Chorherr, Walter Frank, Martin Grabler, Ute Greimel-Rom, Sabine Gretner, Paul Grohmann, Georg Günsberg, Werner Haslauer, Birgit Hausleitner, Dieter Hofbauer, Elisabeth Holzer, Peter Horn, Georg Irsa, Peter Joham, Irmtraud Kalsner, Gerhard Kreitner, Andreas Kristofik, Eva Lachkovics, Michael Landesmann, Sepp Neustifter, Andreas Novy, Gerald Pärtan, Markus Rathmayer, Christa Schmid, Alex Wandl, Robert Zöchling,

Layout: Norbert Fischer

Bildnachweis: Sabine Gretner, Christoph Chorherr

MHV: Medieninhaber: Die Grünen - Grüne Alternative Wien, 1071 Wien, Lindeng. 40.

Hersteller: Druckerei Resch KEG, 1150 Wien. Verlags- und Herstellungsort: Wien. DVR 102 11 84.